

Partnerschaften durch Dialog stärken

BESUCH DES CDU-BUNDESTAGSABGEORDNETEN JÜRGEN KLIMKE IN ALGERIEN

Jürgen Klimke MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des deutschen Bundestags, reiste vom 08. bis 12. März 2013 im Rahmen eines gemeinsam durch die Deutsche Botschaft in Algier und das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) für Tunesien, Algerien und Libyen organisierten Politischen Dialogprogramms in die algerische Hauptstadt.

In den Gesprächen mit ausgewählten Partnern der KAS, politischen Entscheidungsträgern sowie algerischen und deutschen Unternehmensvertretern sprach der CDU-Politiker über die deutsch-algerischen Wirtschaftsbeziehungen, die Hindernisse mit Blick auf eine verstärkte intraregionale Kooperation und vor allem über die aktuellen außenpolitischen Herausforderungen, vor die sich der geostrategisch bedeutende Maghrebstaat und das gleichzeitig zweitgrößte Land des afrikanischen Kontinents derzeit gestellt sieht.

Algerien im Kontext der regionalen Herausforderungen: Expertengespräch

Im Gespräch mit algerischen Journalisten diskutierte der Abgeordnete zum Auftakt seiner 5-tägigen Reise auf Einladung der KAS in Algier über die algerische Außenpolitik vor dem Hintergrund des Konflikts im Norden Malis, die aktuelle Bedrohung durch terroristische Netzwerke, hier insbesondere

Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) und ihr nahestehende Gruppierungen sowie nicht zuletzt über den Status Quo und Zukunftsperspektiven der deutsch-algerischen Beziehungen.

Auf die Frage, inwiefern Deutschland die Länder des großen Maghreb und vor allem auch Algerien unterstützen könne, waren sich die Teilnehmer einig: Wirtschaftliche Entwicklung und Bildung sind der Schlüssel zu einer langfristigen Perspektive und damit letztendlich auch der Weg zu regionaler Stabilität. Die Krise in Mali, so der ehemalige Offizier der algerischen Armee, emeritierte Politologe und Journalist Chafik Mesbah im Gespräch mit MdB Klimke, bedürfe eines ‚Mini-Marshallplans‘. Eine politische Lösung für Mali sei nur im Kontext einer sozialen Entwicklungsstrategie denkbar.

Der wachsenden transnationalen terroristischen Bedrohung sowie dem grenzüberschreitenden Drogen- und Waffenhandel könne nur durch einen umfassenden und langfristigen Ansatz begegnet werden. Dazu zähle insbesondere der Ausbau sicherheitspolitischer Kooperationen mit Europa und den Staaten des afrikanischen Kontinents. Der Terrorismus in der Sahelzone sei ein neues, mit Sicherheit aber längerfristiges Phänomen in der Region, das durch die weiterhin fragile Sicherheitslage in Libyen derzeit noch verstärkt werde.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die algerische Geschichte der ‚schwarzen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ALGERIEN

ANNE ELISABETH LUDWIGS

März 2013

www.kas.de/tunesien

www.kas.de

Dekade' der 1990er Jahre ist es nicht verwunderlich, dass die algerische Staatsführung sich derzeit primär der politischen und institutionellen Stabilität im Land widmet und bemüht ist soziale Proteste mit einer gezielten Subventionspolitik einzugrenzen. Die Möglichkeit des Rückgriffs auf finanzielle Ressourcen (die Devisenreserven lagen offiziellen Angaben zufolge im Sommer 2011 bei 174 Mrd. US-Dollar) durch wachsende Einkommen aus dem Erdöl- und Gassektor spielt hier eine wesentliche Rolle, stellt aber gleichzeitig auch das größte Hindernis in der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie des größten Maghrebstaates dar.

Partnerschaften durch Dialog stärken und den Wissensaustausch fördern

Partnerschaften durch Dialog stärken und den Wissensaustausch fördern, so lautete die Botschaft des Abgeordneten auch gegenüber den algerischen Wirtschaftsvertretern, die auf Einladung der deutsch-algerischen Auslandshandelskammer (AHK) über die Entwicklung, zentralen Herausforderungen und Potentiale des algerischen Tourismussektors sowie die Zukunftsperspektiven für erneuerbare Energien in Algerien informierten.

Obwohl sich Algerien wirtschaftlich mehr und mehr öffnet, die großen Defizite in der Entwicklung der Infrastruktur des Landes verstärkt in Angriff nimmt und ein Investitionsprogramm für die nächsten 5 Jahre mit einem finanziellen Volumen in Höhe von 286 Milliarden US-Dollar verabschiedet hat, so besteht weiterhin die Notwendigkeit längst überfälliger Strukturreformen. Protektionistische Maßnahmen des algerischen Staates hemmen die Investitionsbereitschaft auch auf der Seite der deutschen Investoren. China gewinne auch in Algerien verstärkt an Einfluss in der Umsetzung großer Bauvorhaben. Ein Beispiel dafür sei der Bau der gro-

ßen Moschee in Algier, der durch das chinesische Staatsunternehmen China State Construction Engineering Corporation (CSCEC) realisiert wird.

Reformen im Bildungsbereich, hier insbesondere im Servicebereich und in der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte, müssen bei einer allgemeinen Arbeitslosenquote (2010) von 10 Prozent und einer wachsenden Jugendarbeitslosigkeit von derzeit 20 Prozent, vor allem unter algerischen Hochschulabsolventen, im Vordergrund stehen. Besonderes Interesse zeigten die algerischen Gesprächspartner an einer verstärkten Zusammenarbeit mit deutschen Fachhochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Verbänden und deutschen Unternehmen, die in Algerien einen ausgezeichneten Ruf genießen würden.

Die Rolle der Frauen in der sozioökonomischen Entwicklung Algeriens

Im Rahmen des politischen Dialogprogramms führte die KAS in Alger gemeinsam mit dem algerischen Partner COMET Info eine Veranstaltung durch, die sich der Rolle der Frau in Algerien widmete. Im Dialog mit algerischen Aktivistinnen für Frauenrechte, Juristinnen und Unternehmerinnen informierte sich der CDU-Politiker ausführlich über die rechtliche Lage der Frau in Algerien.

Auch wenn die algerische Frau im Berufsleben gegenüber ihren männlichen Kollegen offiziell die gleiche Vergütung erhält, so sieht das aus dem Jahr 1984 stammende und durch islamisches Recht nachhaltig beeinflusste algerische Familiengesetz (code de la famille), auch nach der Reform im Jahr 2005, weiterhin eine unterschiedliche Behandlung von Frauen und Männern vor. So benötigt eine unverheiratete algerische Frau einen männlichen Vormund („wali“),

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ALGERIEN

ANNE ELISABETH LUDWIGS

März 2013

www.kas.de/tunesien

www.kas.de

kann sich nur unter äußerst strengen Bedingungen scheiden lassen und wird im Erbrecht erheblich benachteiligt. Polygamie ist in Algerien weiterhin offiziell erlaubt.

Das algerische Recht sei ein politischer Kompromiss zwischen den ‚konservativ-islamischen‘ Tendenzen in der algerischen Politik und den ‚modernen‘ Stimmen gewesen und bedürfe dringend einer Anpassung an das moderne Gesellschaftsbild, forderten die Teilnehmerinnen. Obwohl algerische Frauen einen beachtlichen Anteil an den Hochschulen stellen, und die Statistiken deutlich zeigen, dass sie den Anteil männlicher Studenten überwiegen, so würden nicht mehr als 17 Prozent der Frauen im Berufsleben stehen.

In einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2008, hätten viele algerische Frauen darauf hingewiesen, dass es ihnen untersagt sei, ohne männliche Begleitung das Haus zu verlassen bzw. aktiv am Berufsleben teilzuhaben. Der gesellschaftliche Auftrag algerischer Frauen – in Algerien bezeichne man die Frauen oftmals auch als ‚Männer Algeriens‘ - um den sie sich einmal mehr in der Zeit des algerischen Bürgerkriegs verdient gemacht hätten, werde in keiner Weise im Familienrecht reflektiert. Hier liege eine klare ‚Status-Dichotomie‘ vor, so eine anwesende Juristin und Universitätsprofessorin.

Ein gesellschaftlicher Wandel bedürfe jedoch auch eines Mentalitätswandels. Die algerische Frau müsse ihre Rechte einfordern. Dieser Prozess müsse bereits in der Grundschulausbildung beginnen, um letztendlich Eingang in das, oftmals noch sehr traditionelle, Familienleben zu finden. Allerdings dürfe man in dieser Grundsatzdiskussion die Vielschichtigkeit und die Heterogenität der algerischen Gesellschaft nicht außen vor lassen.

Algerien im internationalen Fokus

Im Rahmen seiner Reise traf Jürgen Klimke MdB unter anderem auch den Generalsekretär des Ministeriums für Industrie, KMU und Investitionsförderung, Abderazak Henni, den Generalsekretär im Ministerium für Energie- und Bergbau, Sid Ahmed Messili, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im algerischen Parlament, Belkacem Belabbas, den Direktor für Westeuropa im Außenministerium, Merzak Bedjaoui sowie den Kommunikationschef im Premierministerium, Abdelkhader Berdja.

Ein Bild der Praxis der deutsch-algerischen Beziehungen konnte sich der Parlamentarier auf der Baustelle der Centrotherm-Fabrik für Photovoltaikmodule, die sich in unmittelbarer Nähe der algerischen Hauptstadt befindet sowie auf der Großbaustelle der ‚Djamaa el Djazair‘ (großen Moschee von Alger) machen. Letztere ist ein Projekt des deutschen Architekturbüros KSP Engel und Zimmermann, das sich in der internationalen Ausschreibung durchsetzen konnte. Hier wurde der Abgeordnete persönlich durch den algerischen Religionsminister, Bouabdallah Ghlamallah, empfangen.

Die große Moschee wird in der Bucht von Algier errichtet. Der Komplex soll nach seiner Fertigstellung aus zwölf Gebäuden bestehen, ein Wissenschaftszentrum, verschiedene kulturelle und religiöse Einrichtungen beherbergen und insgesamt rund 120.000 Menschen aufnehmen können. Sie wäre damit nach ihrer Fertigstellung die drittgrößte Moschee weltweit. Algerien setze damit gegenüber der Welt ein einzigartiges Zeichen für einen modernen Islam, für Dialog, Bildung und Offenheit, so der Religionsminister Ghlamallah.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ALGERIEN

ANNE ELISABETH LUDWIGS

März 2013

www.kas.de/tunesien

www.kas.de

Im Austausch mit dem Bundestagsabgeordneten machten die algerischen Gesprächspartner immer wieder deutlich, wie wichtig der Dialog, sowohl auf Regierungs- als auch auf gesellschaftlicher Ebene, für nachhaltige Partnerschaften sei. Die Häufigkeit der Besuche deutscher Politiker reflektiere einmal mehr die wachsende Bedeutung der deutsch-algerischen Zusammenarbeit. So habe Algerien erst am 08. März 2011 die Vereinbarung zur Einrichtung der ersten Deutsch-Algerischen Gemischten Wirtschaftskommission unterzeichnet. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist im Rahmen ihrer internationalen Kooperation um eben diesen Dialog und Wissensaustausch durch den Aufbau nachhaltiger Partnerschaften bemüht.